



Stellungnahmen

Länderspezifische Berichte

Klimapolitik rückt auf der politischen Agenda nach oben

Grundsätze:

Im Folgenden werden wir Nachrichten aus der ganzen Welt, in verkürzter Form, auflisten, welche zeigen, dass weltweit die Einsicht zunimmt, aktiv gegen die Klimaveränderungen vorzugehen.

Zunächst einige Grundzusammenhänge:

1. Unser Wohlstand basiert auf dem Ersatz unsere Muskelenergie durch Fremdenergie
2. Wurden zunächst erneuerbare Ressourcen genutzt, wie die Wasserkraft in Getreidemühlen usw., die Windenergie ebenfalls für Mühlen, kam bei der industriellen Revolution die Verwendung von fossilen Energieträgern auf. Zunächst Kohle, dann Erdöl und Erdgas.
3. Durch die Verbrennung der fossilen Ressourcen stieg der CO₂-Gehalt der Atmosphäre konstant an. Es dauerte Millionen Jahre, bis CO₂ in den fossilen Ressourcen gebunden wurde; jetzt wird es in menscheitsgeschichtlich äusserst kurzer Zeit frei gelassen und erhöht den CO₂-Gehalt der Atmosphäre über das Mass hinaus, welches für unser Leben notwendig ist.
4. Andere Klimagase werde infolge der intensiven Landwirtschaft (Methan) ebenfalls verstärkt in die Atmosphäre eingelassen.
5. Der Einsatz von Fremdenergie führte zu einer gewaltigen Steigerung der Produktivität und des Wohlstandes.
6. Lange Zeit glaubte man, die Umwelt sei ein Gut, welches man „gratis“ benützen könne.
7. Während man für andere Rohstoffe, wie Metallerze usw., aufgrund ihres geographisch klaren Vorkommens Eigentümern zuschrieb und für die Gewinnung diese Produkte in den Wirtschaftskreis einschloss, konkret dafür Geld verlangte, war dies für die Güter „Luft“, aber auch „Wasser“ kaum je der Fall.
8. Konkret bedeutet dies: Der Nutzen der Nutzung der Luft usw. fiel den Wirtschaftsakteuren zu, die negativen Auswirkungen der Überbeanspruchung der Umwelt wurde der Gemeinschaft angehängt.

Was folgt daraus?

1. Die Grenzen der Gratisbenutzung der Luft usw. sind deutlich sichtbar.
2. Die Wirtschaft und Gesellschaft ist auf eine intakte Umwelt angewiesen.
3. Klimaschutz ist somit ein Teil der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen.
4. Klimaschutz und Energiepolitik gehen Hand in Hand.
5. Soll das Klima geschützt werden, muss bei der Verwendung von Fremdenergie auf CO₂-Neutralität geachtet werden.
6. Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien helfen mit, die drohende Verknappung von fossilen Energiequellen abzufedern, die Standortqualität zu verbessern, die Abhängigkeit von ausländischen Energiequellen zu reduzieren und die Umweltqualität zu verbessern.
7. Eine Energiepolitik, welche auf die Schonung der Umwelt ausgerichtet ist, erfüllt wichtige Kriterien einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik, erhöht die Sicherheit und die Autonomie von Firmen, Branchen und einer Volkswirtschaft.

Wer nüchtern überlegt und handelt, hilft mit, eine aktive Energiepolitik der Energieeffizienz und der Förderung erneuerbarer Ressourcen zu unterstützen. Die Vernunft und keine Ideologien sind ausschlaggebend bei der Schonung unserer Umwelt und unseres Klimas.

Hinweise aus verschiedenen Ländern:

■ Schweiz

Studien zeigen: die 2000-Watt-Gesellschaft ist in der Schweiz bei gutem Willen machbar. Der WWF geht davon aus, dass dieses Ziel bis zum Jahr 2050 erreicht werden kann.

Die Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) hat soeben eine Studie mit dem Titel: Road Map, Erneuerbare Energien Schweiz, publiziert.

Siehe: http://www.satw.ch/publikationen/schriften/39_roadmap_d.pdf

Die SATW setzt sich konsequent ein für eine nachhaltige Energieversorgung der Schweiz. Sie hat bereits gezeigt, dass mittelfristig eine Halbierung des Verbrauchs an fossilen Energieträgern für die Schweiz ohne Wohlstandsverlust möglich ist. Die SATW plädiert dafür, dass nur ein möglichst rasch beginnender, aber auf Jahrzehnte verteilter Umbau unsere Energieversorgung volkswirtschaftlich sinnvoll ist.

Die SATW ist überzeugt, dass eine langfristig stabile und daher nachhaltige Energieversorgung der Schweiz ohne futuristische Lösungen wie Fusionsreaktoren möglich ist.

Prof. Wüstenhagen von der Universität St. Gallen betont in einem Artikel in der NZZ vom 27. Februar 2007, dass der Wirtschaftsfaktor „erneuerbare Energien“ an Bedeutung gewinnt. Die Schweiz wendet Technologien, welche sie selber beherrscht und herstellt, hingegen nur sehr zögerlich im eigenen Land an.

■ USA:

Während die Administration Bush die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer Trendumkehr bei der Energie- und Klimapolitik verpasst hat, mit der Folge, dass mehrere Industriezweige, so die Automobilindustrie, gegenüber der ausländischen Konkurrenz ins Hintertreffen geraten sind, gehen nun kapitalkräftige Investoren auf Klimakurs.

Zwischen Beteiligungsgesellschaften und Umweltschutzorganisationen kommt es zu einem Zusammengehen.

So wird ein texanischer Stromversorger, welcher für 45 Milliarden Dollar übernommen werden soll, auf eine nachhaltige Energiepolitik verpflichtet.

■ EU:

Die Energiepolitik wurde zur Chefsache erklärt. Das Schwergewicht verlagert sich von Fördermassnahmen, Vorschriften bezüglich des Verbrauchs von Energie für bestimmte Apparate usw. hin zu klaren, quantitativen Zielen, insbesondere bezüglich des Anteils der erneuerbaren Energieträger an der Stromproduktion.

■ Deutschland:

SPD und Union sprechen sich angesichts der drohenden Klimakatastrophe für eine Umstellung der Energiebesteuerung aus.

Grundsatz: Energie soll rein nach der Menge der ausgestossenen Klima- und Umweltgifte besteuert werden.

Ideen: Verschmutzungssteuer. Klimaschonendes Verhalten soll belohnt werden.

In Deutschland erlebt hauptsächlich die Solarbranche Rekordergebnisse.

■ Frankreich:

Dieses Nachbarland stand lange Zeit allen ökologischen Bestrebungen weitgehend ablehnend gegenüber. Ein Umdenken ist deutlich erkennbar. Ökologisches Bauen wird stark propagiert, und es gibt keine Nachrichtensendung an einem der offiziellen französischen Nachrichtensender ohne Hinweise auf sinnvolles ökologisches Verhalten.

■ Australien:

Dieses Land stand lange Zeit, zusammen mit den Amerikanern, in der Klimapolitik abseits. Das Kyoto-Protokoll wurde nicht unterzeichnet. Angesichts der neusten Erkenntnisse bezüglich der Verursachung des Klimawandels entsteht ein beachtlicher Druck der Bevölkerung auf die Regierung, sich für Schutzmassnahmen einzusetzen. Man will sich nicht mehr auf eine ungewisse Zukunft vertrösten lassen, bis man eventuell sogenannte saubere Kohlenutzung zur Energieerzeugung schaffen kann.

■ China:

Auch wenn China pro Kopf immer noch relativ wenig CO₂ emittiert, sind die durch das enorme Wirtschaftswachstum entstehenden Umweltschäden zu einem eigentlichen Störfaktor für weiteres Wachstum geworden. Umweltfachleute Chinas weisen auf die grossen Probleme und auf die Notwendigkeit von drastischen Massnahmen hin. Ob allerdings der politische Wille in nächster Zeit reicht, eine spürbare Wende einzuleiten, bleibt offen.